



Bündnis 90/Die Grünen, Eiland 10, 42651 Solingen

Eiland 10  
42651 Solingen  
T 0212 201060  
kv@gruene-solingen.de

Per Mail

Solingen, den 23.08.2021

## **3reicht!: Wahlprüfsteine zum Thema Mobilität der Zukunft**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihren Fragekatalog, den Sie uns am 18. Juli haben zukommen lassen und den wir, auch bedingt durch die Sommerferien, erst jetzt beantworten. Wir hoffen, dass wir Ihnen mit unseren Antworten eine gut und umfängliche sowie nachvollziehbare Stellungnahme zu unserer Position an die Hand geben können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Silvia Vaeckenstedt

Bundestagsdirektkandidatin

1. Laut auf Druck des Bundesverfassungsgerichtes überarbeitetem Klimaschutzgesetz sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2030 um 65% im Vergleich zum Jahr 1990 gesenkt werden. Wie stehen Sie zu diesem Ziel und mit welchen Maßnahmen wollen Sie anteilig die Emissionen im Verkehrssektor reduzieren?

Gerade in diesem Jahr mit Hochwasserkatastrophen, Waldbränden und Extremtemperaturen zeigt sich deutlich, der menschengemachte Klimawandel ist da. Jetzt gilt es alles dafür zu tun, die Emissionen zu reduzieren, um überhaupt noch eine Chance zu haben, das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Wir begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und stehen hinter den angegebenen Zielen zur notwendigen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Reduktionen. Wir müssen in den verschiedensten Bereichen und Sektoren, wie beispielsweise in der Landwirtschaft, bei Industrie und Mobilität, verstärkt das Ziel der Klimaneutralität angehen. Für den Mobilitätsbereich bedeutet das für uns, Verkehr ist zu vermeiden, zu verlagern und an dem ökologischen Fußabdruck auszurichten. Dabei hat jeder ein Recht auf Mobilität. Die Transformation hat somit sozial gerecht zu erfolgen und die Maßnahmen sind zu konzentrieren auf die Förderung von Bus und Bahn, geteilten

Mobilitätsangeboten und der Förderung des Rad- und Fußverkehrs. Die Automobilflotte muss CO2 neutral werden und entsprechen setzen wir auf eine hauptsächlich batterieelektrische Transformation der PKW Flotte. Doch diese kann nicht eins zu eins zum heutigen Stand der Anzahl der Privatautos erfolgen. Die Wasserstofftechnik sehen wir hauptsächlich in der Antriebstechnik schwerer Fahrzeuge, bei der Bahn oder im Schiffsverkehr.

2. Laut dem geltenden Bundesverkehrswegeplan sollen bis zum Jahr 2030 hunderte Kilometer Autobahnen neu gebaut und tausende Kilometer erweitert werden. Außerdem sind tausende Kilometer neuer Bundesstraßen vorgesehen.

Wie stehen Sie zu diesen Plänen? Welchen Handlungsbedarf sehen Sie bezüglich der Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans in den kommenden 2 Jahren?

Der Bundesverkehrswegeplan ist mit seiner Fülle an Projekten stark überzeichnet. Wir fordern eine Überprüfung der Projekte bezogen auf das 1,5 Grad Ziel von Paris. Die Grundannahmen beispielsweise bezogen auf das Verkehrswachstum muss angesichts der dramatischen Lage in Folge des Klimawandels überprüft werden. Konkret für die A3 vor unserer Haustür kann dies nur ein Stopp der bisherigen Pläne bedeuten. Trotz der angrenzenden wertvollen und zu schützenden FFH-Gebiete, trotz der dichten Besiedelung, trotz des bereits bestehenden dichten Straßennetzes und angesichts von Klimawandel und Artensterben soll die A3 auf acht Spuren ausgebaut werden. Dies lehnen wir eben aus den vorgenannten Aspekten heraus vehement ab. Wir wollen den Bundesverkehrswegeplan durch einen Bundesnetzplan ersetzen. Dies erfordert, wie es in unserem Bundestagswahlprogramm heißt: „... eine grundsätzliche Änderung der bisherigen standardisierten Bewertungsverfahren, Berechnungsgrundlagen und Kriterien unter Berücksichtigung der tatsächlichen Klima- und Umweltkosten, die gründliche Prüfung von Alternativen, die auch andere Verkehrsträger einbezieht, eine Verbesserung der bisher unzureichenden Beteiligung der Bürger\*innen und Verbände sowie die Abkehr vom sogenannten Finanzierungskreislauf Straße.“

3. Der aktuell geltende Bundesverkehrswegeplan wurde noch vor der Verabschiedung des aktuell geltenden Klimaschutzgesetzes und auch der erhöhten Klimaschutzziele in der EU verabschiedet. Sehen Sie diesbezüglich Anpassungsbedarf?

Ja und siehe Antwort unter Punkt 2.

4. Sehen Sie einen Widerspruch zwischen dem fortgesetzten Bundesfernstraßenbau und den gesetzten Klimaschutzziele?

Ja und siehe Antwort unter Punkt 2.

5. Welche politischen Möglichkeiten sehen Sie, um das Verkehrsaufkommen im Kfz-Verkehr zu reduzieren und dennoch Mobilität für alle zu gewährleisten?

Wir sehen die Notwendigkeit, das PKW als auch das LKW Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Wie oben bereits verdeutlicht, verfolgen wir das Ziel durch Vermeidung und Verlagerung des besagten Verkehrsaufkommens. Die Pandemie hat uns gelehrt, dass es auch Potenziale durch Homeoffice und Onlinekonferenzen gibt, Verkehre zu vermeiden. Daneben braucht es einen Umstieg auf Bus und Bahn, auf das Fahrrad und auf mehr Wege, die auch zu Fuß zurückzulegen sind (Umweltverbund). Durch die Politik kann vieles über den Preis erfolgen, aber eben nicht alles. Bei Bus und Bahn braucht es günstigere Tickets, damit eine gute Mobilität nicht vom Einkommen abhängt, mehr Verlässlichkeit und ein besseres Angebot gerade auch im ländlichen Bereich. So braucht es einen Ausbau sowohl beim Schienennetz als auch bei den Busverbindungen, damit die Verkehrswende wirklich gelingen kann. Der ÖPNV und der SPNV sind das Rückgrat der Verkehrswende. Es muss ein Hauptteil der Wege zukünftig mit dem Umweltverbund zurückgelegt werden. Es braucht dazu sicherlich auch ordnungspolitische Maßnahmen und eine andere Subventionspolitik im Kfz-Verkehr. Konkret heißt das, mehr Geld für die Schiene und weniger für SUV-Firmenwagen. Bis 2030 muss ein wesentlicher Anteil der PKW's mit Elektromotoren fahren.

Soweit eher auf die Bundesverkehrspolitik insgesamt abzielende Fragen. Sie betreffen natürlich auch den geplanten 8-spurigen Ausbau der A3 in Ihrem Wahlkreis, unserem Wohnumfeld. Hierauf möchten wir gerne etwas näher eingehen:

6. Der achtspurige Ausbau der A3 von Leverkusen bis Oberhausen ist eines der geplanten Großprojekte im Bundesverkehrswegeplan. Wie beurteilen Sie dieses Projekt im Hinblick auf die Belastung der Menschen und der Umwelt in Ihrem Wahlkreis?

Wir sind der Meinung, dass bereits das bisherige Verkehrsaufkommen auf der A3 Mensch und Natur über die Maßen belastet. Die Ohligser Heide ist schon jetzt dauerhaft verlärmert. Mit einem Ausbau wäre das Ziel einer Reduzierung des PKW-Aufkommens deutlich schlechter voranzubringen. Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten, das ist die Lehre aus der Vergangenheit und der autogerechten Verkehrspolitik. Mehr Straßenraum bedeutet zudem eine größere Fläche, die sich in heißen Sommern erhitzen kann, bedeutet, mehr Wasser muss über die Straßenentwässerung in die Kanäle abgeführt werden. Wasser, was auch zu Neubildung von Grundwasser fehlt. Eine Verbreiterung der Autobahn bedeutet einen starken Einschnitt in Umwelt-, Lebens- und Wohnräume.

7. Der vorgenannte Ausbau wird im Bundesverkehrswegeplan 2030 mit Grunddaten aus 2014 aufgeführt. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Verkehrsströme nach inzwischen sieben Jahren zu aktualisieren und Prognosedaten mit am Klimaschutz orientierten Anforderungen aufzustellen?

Wir fordern die Ablösung des Bundesverkehrswegeplans in seiner bisherigen Form und wollen diese ersetzen durch einen Bundesnetzplan, bei dem grundsätzlich andere Berechnungsparameter angelegt werden und die auch die Ziele und Folgekosten bezogen auf Natur und Klima mit einberechnet – siehe Antwort unter Punkt 2. Wir fordern die Prüfung von Alternativen wie die Nullvariante und die Nutzung der Seitenstreifen.

8. Der in 2016 geplante o.g. Ausbau ist per Gesetz in 2021 im Rahmen einer Bedarfsplan-Überprüfung zum Auffinden von sinnvollen Alternativen zu überarbeiten. Das Bundesverkehrsministerium will dies jedoch erst in 2023 aufgreifen. Was können Sie dazu beitragen, dass bestehende gesetzliche Anforderungen erfüllt werden und eine zeitgerechte Überprüfung stattfindet?

Wir haben durch die Bundestagswahl die Chance auf veränderte Mehrheiten mit denen eine Überarbeitung früher und schon 2022 angesetzt werden kann. Wir als Partei Bündnis 90/Die Grünen vor Ort werden uns zusammen mit unserer Partei auf Landes- und Bundesebene für eine vorzuziehende Überprüfung im oben geschilderten Sinne einsetzen.

9. Sollte eine Kapazitätserweiterung der A3 bis zum Eintritt der Verkehrswende erforderlich sein, besteht die von uns vorgeschlagene Alternative in einer "temporären Seitenstreifen-Freigabe mit überregionaler digitaler Steuerung". Welche Maßnahmen können Sie ergreifen, diese sinnvolle Alternative zur Prüfung in einen Entscheidungsstatus zu bringen?

Die temporäre Seitenstreifen-Freigabe ist eine Forderung von uns, die als Alternative zum achtspurigen Ausbau der A3 geprüft werden soll. Dies würden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung und im Sinne eines komplett neu aufzustellenden Bundesverkehrswegeplans als Vorgehensweise mit einbringen.

Bitte nehmen Sie auch diesbezüglich unsere presseöffentlich gemachten Aussagen zur Kenntnis.

<https://gruene-solingen.de/portal/themen/arbeit-und-soziales/presse-detail/article/a3-ausbau-wahnsinn-stoppen/>

[https://gruene-solingen.de/fraktion/presse/presse-detail/article/gruene\\_au\\_verantwortung\\_fuer\\_mensch\\_und\\_natur\\_gegen\\_ausbauplaene\\_der\\_a3/](https://gruene-solingen.de/fraktion/presse/presse-detail/article/gruene_au_verantwortung_fuer_mensch_und_natur_gegen_ausbauplaene_der_a3/)